

der nun ins politische Zentrum drängende Volkskörper noch mit den Begriffen der alten Ordnung beschrieben. Zwar markiert die umfassende Parlamentarisierung den Übergang von der persönlichen Herrschaft des Monarchen hin zu einer „entkörperlichten Souveränität des Volkes“ (S. 118), die dominanten überkommen geglaubten „Symbolordnungen“ (ebenda) besitzen jedoch noch eine starke Strahlkraft bis weit in die Neuzeit hinein. Auch in modernen aufgeklärten Demokratien wirken die Vorstellungswelten sowie die geistigen Landkarten des Ancien régime in parlamentarischen Verfahren und politischen Alltagspraktiken fort. Bis in unsere Tage werfen die „Symbolelemente der körperlichen Identitätsrepräsentation“ (S. 139) ihre langen Schatten. So gibt es ein leicht mobilisierbares öffentliches Interesse am Staatsoberhaupt, das sich nicht lediglich auf seine Person bezieht, sondern auf seinen Körper. Dieser Fixierung auf den Herrschaftskörper ist es geschuldet, dass zum Beispiel das Stolpern von US-Präsident *George W. Bush* plötzlich zu einer Schlagzeile avanciert. Oberflächlich betrachtet mag dieses Interesse Ausdruck übersteigerter Neugierde sein, doch ist es eher – so *Manow* – das Spiegelbild der Verletzlichkeit und der Zerbrechlichkeit des unerschütterlich geglaubten Herrschers. Dem demokratischen Regierungsprinzip mit seinen durch Wahlen legitimierten Regierungsabfolgen ist eine „artificial eternity“ (S. 121) eingeschrieben, der Herrscherkörper ist aber auch heute noch den Gefahren von Schwäche und Verwundbarkeit ausgesetzt.

Mit seinem sehr dicht geschriebenen Buch vermag *Philip Manow* überzeugend zu zeigen, dass zeitgenössische Formen politischer Repräsentation nicht vollständig entpersonalisiert, sondern auch heute noch der Wirkmächtigkeit vergangener Ordnungen unterworfen sind. Die weit verbreitete Ansicht, dass politische Herrschaft heutzutage rein nach-metaphysisch sei, ist in *Manows* abschließendem Urteil „ein Irrtum einer Demokratietheorie, die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht“ (S. 143).

Helge F. Jani

## Souveränitätsschimäre

*Mäder, Werner: Vom Wesen der Souveränität. Ein deutsches und europäisches Problem, Duncker & Humblot (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 145), Berlin 2007, 198 Seiten, € 52,-.*

„Auf der Traditionslinie des ‚klassischen‘ Souveränitätsbegriffs liegt die ‚Staatssouveränität‘, d.h. die Auffassung, dass das Wesensmerkmal des Staates die Souveränität sei. Ohne Souveränität kein Staat.“ (S.19) Für Werner Mäder, der nicht Größe und Bevölkerung der Staaten unterscheidet, „ist Macht das Wesensmerkmal von Souveränität. Die Macht ist Wirklichkeit“ (S. 49). So gleitet der leitende Senatsrat a.D. von Jean Bodin über Thomas Hobbes, Friedrich Hegel, Carl Schmitt und Hermann Heller durch die Zeit und kommt in der Gegenwart nicht an. Kein Problem löst er mit den klassisch genannten Begriffen. Obwohl er oft Paul Kirchhof oder Josef Isensee zitiert, viele Rechtswissenschaftler nennt, Seiten mit Fußnoten füllt, bleibt sein Werk ein rechtspolitisches Traktat.

In der politischen Elite herrscht für Mäder eine Mentalität der Problemverdrängung mit seltsamer Richtungslosigkeit. Universalismen und Worthülsen wie „grenzenlose Demokra-

tie“, „Menschenrechte“ und „offene EU“ seien an die Stelle von nationaler Selbstbestimmung und -behauptung, der Wahrung eigener Interessen im Wettbewerb mit anderen Völkern getreten. In diesem Sinn setzt er sich mit Deutschland auseinander, seiner Befindlichkeit, Betroffenheits-, Erinnerungskultur und Vergangenheitsbewältigung als Politiker-satz. Es sei ein Staat ohne Volk – ein Volk ohne Staat. *Mäder* erörtert Souveränität und Staat als geschichtliche Grund- und als Rechtsbegriffe, die Staatssouveränität im Völkerrecht sowie Deutschlands Zukunft und die Europäische Union als status quo und status futurus. Aus den Schriften von Staatsphilosophen, die das Werden der Staaten Europas geprägt hätten, leitet er als Wesensmerkmal die unteilbare Souveränität ab, in militärischen, finanziellen und rechtlichen Fragen – eben die Macht als Merkmal der Souveränität. Dem geistigen Erbe europäischer Nationalstaatlichkeit laufe die Entwicklung der EU und in der EU zuwider. Amerikanisierung, Globalisierung und Zuwanderung rissen die Gemeinschaft, für *Mäder* eine amorphe Masse für Wirtschaft und Kapital, und ihre Mitglieder in den Strudel einer Abwärtsbewegung, denn solange es noch mächtige außereuropäische Staaten gebe, sei die klassische Souveränität nicht aus der Welt.

*Mäder* argumentiert an der Wirklichkeit vorbei – wie viele, die das Votum weniger Iren im Referendum über den Lissabon-Vertrag loben und sich zurückziehen in die Sandburgen ihrer so genannten Nationalstaaten, die in Wahrheit ein Auslaufmodell sind, so es sie je übers Fahnen schwenken hinaus gab. Für Europa und seine Staaten kann die EU die Globalisierungsprobleme eher lösen als ihre Nationalstaaten, da Banken und Unternehmen – Nokia ist nur ein Beispiel – ihre Regierungen vor sich hertreiben, während die EU ihnen Paroli bieten kann (erinnert sei etwa an € 497.000.000 Bußgeld für Microsoft). „Weltwirtschaftliche Einflüsse sind heute stärker als fast alles, was die Geld- oder Fiskalpolitik (der nationalen Notenbanker und Haushaltspolitiker) ihnen entgegensetzen können“, so Alan Greenspan<sup>1</sup>, viele Jahre US-Notenbankpräsident. Angesichts von über US\$ 100 Billionen handelbarer langfristiger Wertpapiere, die per Internet in Sekunden ge- und verkauft werden, seien die Ressourcen der Zentralbanken (auch der USA) im Vergleich zur Größe der Finanzströme deutlich geschrumpft. *Mäder* aber zählt selbständige Finanzpolitik zu den Essentialen der Souveränität: „Mit der Verbindung ‚Souveränität‘ und ‚Staat‘ zur ‚Staatssouveränität‘ treten die äußeren Erscheinungen, die äußeren Elemente von ‚Souveränität‘, nämlich die *uneingeschränkte Militärmacht*, *Finanzmacht* sowie die *Territorial-* und die *Rechtsgewalt* in den Vordergrund.“ (S. 162, Markierung durch Rezensenten) Er fragt nicht, „ob im fortgeschrittenen Prozess der Globalisierung eine Rückkehr zu einer (autarken) Nationalökonomie und eine Wiedergewinnung von Souveränität überhaupt noch möglich sind“ (S. 151). Stimmt die Realität mit der Theorie nicht überein, schade für die Realität, könnte man *Mäders* Ansatz hier charakterisieren.

78 Prozent der EU-Bürger, gar 91 Prozent der Deutschen wollen laut einer Eurostat-Umfrage vom Herbst 2007 eine von den USA unabhängige EU-Außenpolitik, 70 beziehungsweise 85 Prozent generell eine gemeinsame Außenpolitik, 76 beziehungsweise 88 Prozent eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Zu klar sind ihnen die neuen Bedrohungsszenarien, die mit uneingeschränkter Militärmacht, also Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (*Carl von Clausewitz*), von keinem Staat, selbst den

1 In: Die Zeit vom 31. Januar 2008.

USA als einziger Supermacht jedenfalls nicht allein zu lösen sind<sup>2</sup>. *Mäder* jedoch rechnet uneingeschränkte Militärmacht zu den Essentialen der Souveränität.

Die EU – *Mäder* weiß offenbar nicht vom Ende der Montan-Union 2002 – „trägt den Keim der Auflösung und des Zerfalls in sich, bevor sie einen Qualitätssprung zu politischer Einheit machen kann“ (S. 158). Doch stimmen laut der Eurostat-Daten von 2007 67 Prozent der Deutschen der EU-Mitgliedschaft zu; sie vertrauen Europas Institutionen mehr als den deutschen: 52 Prozent dem Europäischen Parlament, nur 41 Prozent dem Bundestag, 46 Prozent der Kommission, nur 40 Prozent der Bundesregierung, gar 68 Prozent dem Europäischen Gerichtshof und 61 Prozent der Europäischen Zentralbank. Für *Mäder* aber gibt es ausgehend von *Bodin* als „Vater des Souveränitätsgedankens“ keinen Staat ohne unteilbare, nicht abgeleitete Souveränität, mit Herrschaftsmacht nach außen und nach innen. Er trifft sich dort mit NS-Kronjurist *Carl Schmitt*s Diktum, souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheide (womit dieser *Hitlers* „Röhm-Putsch“ begründete).

Eine traditionelle Staats- und Souveränitätsvorstellung mag angehen. Nationalstaatsbezogen bestimmt sie die Haltung (zu) vieler Staatsrechtler und auch des Bundesverfassungsgerichts zur EU im Maastricht-Urteil. Doch steht außerhalb ernstzunehmenden wissenschaftlichen Diskurses, wer wie *Mäder* zu „Deutschland als Schiff ohne Steuermann“ oder zum erhofften Zerfall der EU Autoren der Jungen Freiheit sowie Wesensverwandte zitiert und den aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschlossenen *Martin Hohmann* zum Querdenker stilisiert. Auch als „Beitrag zur Politischen Wissenschaft“ ist nicht hinzunehmen, wenn formuliert wird, „in der Parteidemokratie, in der die Partei die Demokratie gefesselt hat und ihre Vertreter die Verbindung zum Volk und Staat kontinuierlich auszehren“ (S. 120), oder „die Politik hat das Volksvermögen durchgebracht“ (S. 144). Oder: „Der biologische Prozess der selbstverschuldeten Dezimierung des deutschen Volkes begleitet in dramatischer Weise den Weg der Nation und des Staates zu einem identitätslosen Multikulti-Gebilde.“ (S. 148) In eine ähnliche Richtung geht das folgende Zitat: „Die politische Klasse hat die Identität von Volk als Souverän und Regierenden (Beherrschten und Herrscher) zerstört und das Band zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten zerschnitten... Sie ,volkt' das Volk um in ‚Bevölkerung', eine amorphe Masse.“ (S. 127) Oder auch: „Die politische Klasse schwelgt in Betroffenheit und Erinnerungskultur, organisiert ab und zu einen ‚Aufstand der Anständigen', wer immer das auch sein mag, egal, ob es einem politischen Ziel dient.“ (S. 26)

Zustimmend sah Bielefelds Burschenschaft Normannia das Opus des Bundesbruders und stellte die Gedanken ins Netz. Schaudern sollte, wer ihm als wissenschaftlicher Zeuge dient. Verwunderlich ist, wenn ein renommierter Verlag schon *Mäders* zweites Buch<sup>3</sup> herausbringt. Aber vielleicht sollen sie das *Carl Schmitt*-Revival im Verlag Duncker & Humblot und bei so manchen Juristen flankieren.

Erich Röper

2 Dazu ausführlich *Herfried Münkler*, Die neuen Kriege, Reinbek 2002.

3 Das erste war: *Werner Mäder*, Kritik der Verfassung Deutschlands. Hegels Vermächtnis 1801 und 2001, Berlin 2002.